

Israel verschärft Haftbedingungen für gefangene «Terroristen»

Vergebliche Bemühungen um ein Zeichen des von der Hamas entführten Soldaten Gilad Shalit

Die Hamas hat das Ersuchen des IKRK nach einem Lebenszeichen eines verschleppten israelischen Soldaten abgelehnt. Der israelische Ministerpräsident Netanyahu verkündete daraufhin verschärfte Haftbedingungen für palästinensische Gefangene.

George Szpiro, Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Netanyahu hat am Donnerstagabend angekündigt, dass die Haftbedingungen palästinensischer Gefängnisinsassen verschärft würden. Es sei nicht akzeptabel, dass der am 25. Juni 2006 verschleppte israelische Soldat Gilad Shalit seit fünf Jahren kein Tageslicht sehe, während verurteilte Terroristen Privilegien erhielten, erklärte Netanyahu. Gleichen tags hatte das IKRK auf Ersuchen von Shalits Familie vergeblich versucht, zu

mindest ein Lebenszeichen ihres Sohnes zu erhalten. Ein Sprecher der Hamas hatte das Ersuchen mit den Worten, die Organisation solle sich nicht einmischen, abgewiesen.

Enttäuschte Familie

In einer Verlautbarung teilte das IKRK mit, dass die von der Hamas praktizierte Nachrichtensperre inakzeptabel sei. Die Familie des Soldaten habe Anspruch darauf, mit ihrem Sohn in Kontakt zu sein. Shalits Familie zeigte sich enttäuscht von den «halbherzigen» Bemühungen des IKRK. Die Organisation müsse mit viel mehr Nachdruck gegen die Hamas vorgehen, sagte Shalits Vater. Vor einigen Tagen hatten Präsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel die Hamas öffentlich aufgefordert, Shalit umgehend freizulassen.

Quellen, die Einblick in die Verhandlungen um die Freilassung des Soldaten haben, erklärten, dass die Ge-

sprache trotz der starren Haltung beider Seiten fortgesetzt würden. In Umrissen sei eine Abmachung schon seit langem klar. Als Gegenleistung für Shalits Freilassung müssten 1000 palästinensische Gefangene in zwei Phasen auf freien Fuss gesetzt werden. Angeblich geht es nur noch um die Namen der Freizulassenden sowie um das israelische Verlangen, diese in den Gazastreifen zu transferieren. Dies soll, wie man in Israel vermutet, auch einem Wunsch der palästinensischen Führung in Ramallah entsprechen, die angeblich Unruhen befürchtet, falls die ehemaligen Gefangenen nach Cisjordanien gelangten.

«Doktorate des Terrors»

Netanyahu präzisierte, dass alle israelischen und internationalen Gesetze und Regelungen über Haftbedingungen eingehalten würden, dass den palästinensischen Gefangenen darüber hinaus aber nichts gewährt werden solle. Privilegien

wie Fernsehgeräte mit freier Wahl der Sender in allen Zellen und vor allem die Möglichkeit, per Fernstudium akademische Diplome zu erlangen, würden eingestellt. Insbesondere von letzterer Möglichkeit hatten Gefangene intensiv Gebrauch gemacht. Zum Beispiel machte der 2008 als Gegenleistung für die Überführung israelischer Leichen durch die Palästinenser auf freien Fuss gesetzte Samir Kuntar während seiner Haft ein Diplom in Staatswissenschaften. Er war von Israel als Terrorist verurteilt worden, weil er zwei israelische Männer erschossen und ein vierjähriges Mädchen brutal getötet hatte. Ausserdem konnte er während der Haft heiraten, woraufhin seine Frau von Israel eine staatliche Rente erhielt. In Zukunft werde es keine «Doktorate des Terrors» mehr geben, sagte Netanyahu. Von Beobachtern wird die Verschärfung der Haftbedingungen allerdings bloss als populistische Massnahme bezeichnet, die keine Wirkung auf die Hamas habe.

politischen Fraktionen von Schiiten und Sunniten eine Regierungskoalition, doch diese zeigt immer grössere Risse.

Wie vor dem massenhaften Morden zwischen Schiiten und Sunniten häufen sich auch nun die Angriffe auf ausländische Zivilisten und die Energieversorgung. Dabei wurde ein Amerikaner getötet, der im Auftrag der staatlichen U. S. Agency for International Development im Irak war. Nach Angaben des State Department sollte er das Business-College der Mustansiriya-Universität bei der Reformierung seiner Curricula beraten. Als er das College am Donnerstag verliess, explodierte ein Sprengsatz. Der Ort und die Ausführung der Tat deuten auf schiitische Milizionäre hin, deren politischer Arm in der Regierung vertreten ist.

Angriffe auf Pipelines

Darüber hinaus richtete eine Explosion an einer der wichtigsten Pipelines am Freitag verheerenden Schaden an. Die Pipeline zwischen Kirkuk und Baiji stehe in Flammen, sagte ein Behördensprecher. In den letzten Monaten gab es mehrfach Anschläge auf die Energieversorgung des Landes.